

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/050(IV)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 03.03.2009	Beimszimmer	16:30Uhr	18:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 27.01.2009 sowie der Sondersitzung vom 05.02.2009
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Psychologen-Personalstelle im Bereich "Frauenhausarbeit/
Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking" - S0044/09
dazu: Anhörung Prof. Dr. Armbruster, Fachhochschule Magdeburg/
Stendal
- 5.2 Integriertes Sozialzentrum A0239/08
- 5.3 Integriertes Sozialzentrum S0022/09
- 5.4 Sozialkaufhaus A0208/08
- 5.5 Sozialkaufhaus S0027/09
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.

Reichel, Gerhard Dr.

Schob, Sigrid

Veil, Thomas

Sachkundige Einwohner/innen

Bühnemann, Bärbel

Fund, Claudia

Geschäftsführung

Beier, Editha

Köppe, Yvonne

Ponitka, Heike

Abwesend:

Vorsitzende/r

Huhn, Dagmar

Mitglieder des Gremiums

Heendorf, Michael

Paqué, Sabine

Sachkundige Einwohner/innen

Hausmann, Christian

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Hildebrand begrüßt in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender alle MitgliederInnen und Gäste zur Ausschusssitzung. Frau Huhn ist kurzfristig erkrankt und kann leider nicht an dieser Sitzung teilnehmen. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ungeändert bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 27.01.2009 sowie der Sondersitzung vom 05.02.2009

Die Niederschriften der Ausschusssitzung vom 27.01.2009 und der Sondersitzung vom 05.02.2009 werden bestätigt.

Abstimmung: 3 / 0 / 1

4. Öffentliche Sprechstunde

Zur öffentlichen Sprechstunde ist Frau Wildenauer, AG der Erziehungsberatungsstellen in freier Trägerschaft, erschienen.

Sie ist gekommen, um die AusschussmitgliederInnen um Unterstützung zu bitten. Zusammen mit dem Jugendamt wurden Verträge mit den verschiedenen Trägern abgeschlossen, in welchen finanzielle Kürzungen enthalten sind. Frau Wildenauer bittet darum, diese Kürzungen noch einmal zu überdenken.

Frau Beier sagt, dass hierzu eine Drucksache vorliegt, über die am 04.03.09 im Unterausschuss Jugendhilfe vorberaten wird, bevor sie am 12.03.09 im Jugendhilfeausschuss beschlossen wird. Für Wildwasser würde dies z. B. eine Kürzung von 900,- EUR bedeuten. Dies sind zwar scheinbar geringe Beträge, für die Träger aber große Finanzlöcher, die dadurch entstehen. Der Ausschuss könnte hierzu eine entsprechende Empfehlung an den Jugendhilfeunterausschuss aussprechen.

Herr Brüning äußert dazu, dass das Jugendamt diese Verträge auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses zur Haushaltskonsolidierung geschlossen hat. Eine Aufhebung der genannten Drucksache, würde am Ende bedeuten, dass der Stadtrat seinen eigenen Beschluss wieder aufhebt. Er rät von einer solchen Empfehlung ab.

Herr Dr. Reichel kommt.

Nach kurzer Diskussion fasst Herr Dr. Hildebrand zusammen:

- Der Ausschuss nimmt die Bitte von Frau Wildenauer zur Kenntnis.
- Die Verwaltung wird gebeten, zukünftig Einfluss auf die Systematik der Kürzungen bei Beratungsstellen zu nehmen.
- Die AusschussmitgliederInnen entscheiden sich einstimmig dafür, keine entsprechende Empfehlung an den Jugendhilfeunterausschuss auszusprechen.

Eine ausführliche Vorstellung der AG der Erziehungsberatungsstellen in freier Trägerschaft wird in der nächsten Ausschusssitzung am 31.03.2009 mit allen Trägern gemeinsam erfolgen.

5. Beschlussvorlagen

- 5.1. Psychologen-Personalstelle im Bereich "Frauenhausarbeit/ Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking" - S0044/09
dazu: (Anhörung Prof. Dr. Armbruster, Fachhochschule Magdeburg/ Stendal)
-

Zu diesem TOP ist Frau Borris, stellvertretende Amtsleiterin des Sozial- und Wohnungsamtes, erschienen.

Sie bringt die Stellungnahme kurz ein:

- Grundsätzlich wird der Bedarf nicht in Frage gestellt.

- Jedoch gibt es bereits Strukturen und ausreichend Beratungsstellen innerhalb der Stadtverwaltung.

Nun erhält Prof. Dr. Armbruster, Professor für Pädagogische Psychologie an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), das Wort. Er wurde zu dieser Sitzung eingeladen, um zu diesem Thema zu sprechen.

Zu seiner Person sagt er kurz, dass er von 1986 bis 1991 Leiter der Psychologischen Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern in Mannheim-Nord war und danach 10 Jahre als verantwortlicher Psychologe der Abteilung Allgemeine Pädiatrie an der Universitätsklinik Heidelberg (Forschungsschwerpunkt Familienpsychologie in der deutschen PKU-Verbundstudie; Promotion an der medizinischen Fakultät Heidelberg) tätig war.

Zum Thema einer zusätzlichen Psychologen-Personalstelle (½ männlich und ½ weiblich) im Bereich „Frauenhausarbeit/ Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking“ sagt er Folgendes:

- Solche Stellen sind in Magdeburg und auch in Sachsen-Anhalt unbedingt notwendig und werden es zukünftig immer mehr sein.
- Manchmal werden diese Traumata von Kindern, die häusliche Gewalt erlebt haben, spontan verarbeitet, bei einem Großteil Kindern jedoch nicht. Hier sind entsprechende Angebote unbedingt notwendig!
 1. Müssen es Fachkräfte sein, die mit diesen Themen vertraut sind und eine entsprechende Ausbildung haben. Ist diese Schulung nicht gegeben, kann zusätzlicher Schaden bei den Kindern angerichtet werden.
 2. Der Zugang muss niedrigschwellig sein, wie zum Beispiel im Frauenhaus. Es darf kein großer Fachkräftewechsel stattfinden und die örtliche Anbindung darf nicht so weit sein.
 3. Auch Jungs sind Opfer von Gewalterfahrungen. Sie verarbeiten diese aber anders. Darum ist es wichtig, einen männlichen Therapeuten und eine weibliche Therapeutin zu haben, denn Mädchen haben andere Verarbeitungsstrategien. Sie richten ihre Aggression gegen sich selbst und werden oft erst später auffällig.
 4. Je länger der Zeitabstand zwischen Erlebnis und Verarbeitung ist, desto teurer und langfristiger werden die Folgebehandlungen. Nachhaltige gesundheitliche Schäden können auftreten, wie Schwächung des Immunsystems. Nachlassen der schulischen Leistungen oder gar Schulabbrüche sind auch oft Folgen.
- Wichtig ist darum, die sofortige fachgerechte psychologische Betreuung der Kinder!
- Wichtig ist hier die Netzwerkarbeit!
- Auch Prävention ist sehr wichtig.
- Schulungen des Personals in den Kindereinrichtungen und Schulen, wie Warnsignale interpretiert werden können, sind wichtig.
- Es sollte möglichst wenig Zeit zwischen dem Ereignis und der Beratung oder der Behandlung verstreichen.
- Netzwerke zu Schulen und Kita's sollten aufgebaut werden, die Netzwerkarbeit insgesamt qualitativ angeschaut und verbessert werden.

Herr Brüning sagt, dass es sich hier nicht um zufällige Probleme, sondern um ständige Probleme handelt. Kinder die im Frauenhaus landen, haben immer eine Gewalterfahrung zu verarbeiten. Er stellt die Frage in den Raum, warum dieser Antrag erst jetzt, nach so vielen Jahren, kommt. Und wie soll die Umsetzung erfolgen? Er bittet um Erläuterung des Antrages.

Frau Beier erklärt dazu, dass der FuG-Ausschuss bisher der einzige Ausschuss ist, der sich Informationen zur Arbeit des Frauenhauses und der Interventionsstelle hat geben lassen. Neu ist der Blick auf die Kinder und ihre Traumatisierung nach Gewalterlebnissen. Auch die „AG Frauenhäuser“ sagt, dass Kinder mit Gewalterfahrungen eine geschlechtsspezifische Biografie entwickeln. Mädchen werden Opfer und Jungs oft Täter. Dazu liegen jetzt wissenschaftliche Studien, gesicherte Erkenntnisse und Empfehlungen zur Umsetzung vor!

Aus der vorgestellten, geschlechtsspezifisch dargelegten Kriminalitätsstatistik in der Ausschusssitzung am 09.12.2008 konnte die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Täter überwiegend männlich und die Opfer überwiegend weiblich sind. Dies wird auch aktuell in Studien und Aktionsplänen nachgewiesen. Darum wurde auch die Schlussfolgerung gezogen, die den Antrag auf Schaffung einer ½ weiblich/ ½ männlichen Kinderpsychologenstelle nach sich zog, denn je eher mit der fachgerechten Aufarbeitung der traumatischen Erfahrungen bei Mädchen und Jungen, die häusliche Gewalt erleben mussten, begonnen wird, desto geringer sind dramatische Folgeerscheinungen in der Persönlichkeitsentwicklung. Das heißt auch, je früher mit der Prävention begonnen wird, je geringer wird der finanzielle therapeutische Aufwand.

Wichtig ist noch einmal hervorzuheben, dass die Kinder eine geschlechtsspezifische Behandlung brauchen. Und aus dieser Diskussion am 09.12.2008 ist dann der Antrag A0226/08 des FuG-Ausschusses entstanden.

Herr Giefers sagt, dass es einen Prüfauftrag an den OB bzw. die Verwaltung gegeben hat und man sich jetzt mit diesem Thema beschäftigt. Hier wird jedoch auch nur über die Spitze des Eisberges gesprochen, nur über die Familien oder Frauen, die es ins Frauenhaus schaffen. Es geht darum, wie man schnellstmögliche Hilfestellungen für die Kinder geben kann. Die Wartezeiten für Kinder müssen verkürzt werden. Es müssen Kontingente geschaffen werden, freigeschaufelt werden.

Herr Prof. Armbruster ergänzt, dass sich die psychosoziale Landschaft in Sachsen-Anhalt erst jetzt entfaltet. Es gibt in Sachsen-Anhalt nur 2 niedergelassene Kinder- und Jugendpsychologen. Dies ist auch dadurch bedingt, dass es zu wenige Kassensitze für Kinder- und Jugendpsychotherapeuten gibt. Es gibt jedoch Ausnahmen, wenn der Bedarf nachweisbar ist und ein entsprechender Antrag auf Sonderzulassung gestellt wird. Fakt ist, dass es in Sachsen-Anhalt so gut wie keine Kinder- und Jugendpsychologen gibt. Was wir auch brauchen sind mehr niedrigschwellige Angebote. Diese Strukturen zur Hilfe entwickeln sich erst jetzt.

Herr Veil sagt, dass es wichtig ist, die Antennen auszufahren, um zu sehen, wo die Betroffenen sind, z. B. durch offene Jugendarbeit.

Frau Ponitka äußert, dass es lt. einer Befragung durch Wildwasser nur 2 Therapeuten gibt, die Klienten im Bereich sexualisierter Gewalt annehmen. Das ist entschieden zu wenig. Außerdem kommt nur ein Bruchteil der Frauen, die häusliche bzw. sexualisierte Gewalt erlebt haben, im Frauenhaus oder in der Interventionsstelle an und davon gehen 60 % wieder zurück in das belastete familiäre Milieu und die Kinder bekommen dann schon gar keine Therapie.

Herr Brüning sagt, dass nun die Frage ist, ob die vorhandenen Stellen ausreichen oder ob mehr Bedarf besteht. Er bittet darum, dass dies die Verwaltung angemessen prüfen kann.

Frau Schob fügt hinzu, dass auch geprüft werden sollte, wie viele warten müssen und wie viele daraufhin wieder abspringen. Auch die Vernetzung hält sie für sehr wichtig.

Herr Giefers fragt, wie es denn nach der Aufdeckung des Problems weiter geht? Die Hilfe muss sofort da sein. Er bittet um eine schnellere Prüfung durch die Verwaltung, nicht über 12 Monate, wie in der Stellungnahme der Verwaltung empfohlen wird.

Auch die AusschussmitgliederInnen sind mit einer Prüfdauer von 12 Monaten nicht einverstanden.

Herr Brüning macht daher den Vorschlag, bis Oktober 2009 eine Information dazu in den Stadtrat zu geben. Der inhaltlich Anspruch muss noch einmal formuliert werden.

Herr Dr. Hildebrand fasst zusammen, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht den Forderungen des Antrages entspricht. Eine Prüfung Seitens der Verwaltung soll so schnell wie möglich erfolgen und dem FuG-Ausschuss vorgelegt werden. Außerdem müssen die Vorschläge haushaltsrelevant für 2010 sein.

Die AusschussmitgliederInnen legen fest, dass ein entsprechender Antrag, wie er aufgrund der Diskussionsergebnisse im FuG herausgearbeitet worden ist, an den Stadtrat am 26.03.2009 gestellt wird.

Es wird weiterhin festgestellt, dass auch gerade nach den Ausführungen von Herrn Prof. Armbruster eine solche geforderte Stelle erforderlich ist!

Abschließend wird die Stellungnahme S0044/09 zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0). Entsprechende Antragstellung an den Stadtrat (4 / 0 / 0).

5.2.	Integriertes Sozialzentrum	A0239/08
------	----------------------------	----------

siehe TOP 5.3

5.3.	Integriertes Sozialzentrum	S0022/09
------	----------------------------	----------

Der Antrag A0239/08 wird nach kurzer Diskussion empfohlen (4 / 0 / 0) und die Stellungnahme S0022/09 zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

5.4.	Sozialkaufhaus	A0208/08
------	----------------	----------

siehe TOP 5.5

5.5.	Sozialkaufhaus	S0027/09
------	----------------	----------

Herr Brüning sagt, dass die Stadt Magdeburg kein Sozialkaufhaus betreiben will und wird. Es gibt jedoch Interessenten, die sich im Neustedter Feld niederlassen wollen. Diese sind in der Stellungnahme noch nicht aufgestellt. Auch die Anbindung von Neustedter Feld an das öffentliche Verkehrsnetz soll zukünftig verbessert werden.

Frau Fund fragt nach, ob sich die Stadtverwaltung nach der Vorlage eines Konzeptes durch die Stadteilgenossenschaft i. G. entscheiden wird?

Herr Brüning antwortet, dass sich ein Betreiber finden muss, denn Magdeburg wird das Sozialkaufhaus nicht tragen. Die Wobau wird das Gebäude stellen und nach Vorlage des Konzeptes wird die Stadtverwaltung entscheiden.

Herr Dr. Hildebrand bringt folgenden Antrag zur Abstimmung ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Beachtung der in der I0208/07 sowie in der S0027/09 dargelegten Voraussetzungen und Mindestanforderungen Fördermittel zur Umsetzung einer neuen sozialen Unternehmensform, ggf. in Form eines „Sozialkaufhauses“, so früh wie möglich jedoch spätestens für die Haushaltsjahre 2011/12 einzustellen.“

Dieser Antrag wird einstimmig beschlossen.

Abschließend wird der Antrag A0208/08 empfohlen (4 / 0 / 0) und die Stellungnahmen S0027/09 zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

6. Verschiedenes

Frau Beier weist kurz auf das ausgeteilte Schreiben des Justizministerium hin, welches die Antwort auf die Anforderung des erwähnten Erlasses (Expertenhearing FORENSA) zur ausschließlichen Durchführung von Beratungen in der Halberstädter Straße, nicht aber in der Mittelstraße 24, ist. Dieses Schreiben wird auch dem Protokoll noch einmal beigefügt.

In diesem Zusammenhang wird beschlossen, eine der nächsten Ausschusssitzungen in der FORENSA Magdeburg abzuhalten.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn
Vorsitzende

i. A.
Yvonne Köppe
Schriftführerin